



## 1. OKTOBER 1990

### REDE DES VORSITZENDEN DER CDU, HELMUT KOHL, AUF DEM 1. PARTEITAG DER CDU IN HAMBURG

Wir alle haben eben eine bewegende Stunde erlebt, eine Stunde, die wir sicherlich nie vergessen werden. Mit den Erklärungen der Landesverbände Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie der Delegierten von Ost-Berlin ist die Christlich-Demokratische Union Deutschlands nach über vier Jahrzehnten wieder vereint. Wir sind jetzt eine Partei, eine CDU für ganz Deutschland.

Übermorgen, am 3. Oktober, wird die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Dies ist ein großer Tag, ein Tag der Freude für alle Deutschen, und wir lassen uns das von niemandem vermiesen. Es ist unser Tag der Freude. Ich habe immer daran geglaubt, dass dies eines Tages Wirklichkeit werden würde. Aber ich habe nicht zu hoffen gewagt, diesen Augenblick so bald zu erleben. Wer von uns hätte dies vor einem Jahr für möglich gehalten? Wer hätte diese Entwicklung vorhergesehen, als wir am 10. September des vergangenen Jahres zu unserem Parteitag in Bremen zusammenkamen? Damals öffnete Ungarn die Grenzen für die Flüchtlinge aus der DDR. Das war der Anfang vom Ende des Honecker-Regimes.

Lieber Jozsef Antall, ich sage es auch von mir aus, sagen Sie dies bitte auch allen unseren Freunden in Ungarn: Dies werden wir unseren ungarischen Freunden nie vergessen. Heute verwirklicht sich das, wofür Christliche Demokraten seit 45 Jahren mit ganzer Kraft gekämpft haben: ein vereintes Deutschland in einem Europa, das in Freiheit zusammenwächst. Wir verwirklichen damit eine Vision, die unsere Partei von Anfang an geleitet hat, die ein Kernpunkt unseres politischen Selbstverständnisses war und ist. Allen, die in der Union ihre politische Heimat gefunden haben, war dies immer eine Angelegenheit des Herzens.

Wie sehr hat doch die Teilung unseres Vaterlandes in diesen Jahrzehnten das Leben unseres Volkes überschattet. Ich denke an das große Unrecht, das den Menschen von einer kommunistischen Diktatur angetan wurde. Ich denke an all die Jahre und Jahrzehnte der Unterdrückung, der Drangsalierung, der menschenunwürdigen Bespitzelung. Ich denke an jene, die bei dem verzweifelten Versuch, von Deutschland nach Deutschland zu gehen, ihr Leben riskierten und auch ihr Leben verloren. All das darf sich niemals wiederholen.

Wir Christlichen Demokraten bekräftigen heute feierlich den Schwur, der in das moralische Fundament unseres Grundgesetzes eingegangen ist: Nie wieder Krieg und Gewalt! Nie wieder Diktatur und Unrechtsherr-

schaft! Und wir fügen heute hinzu: Nie wieder Sozialismus! Die CDU war und ist die Partei der deutschen Einheit. Sie war und ist zugleich die Partei der europäischen Einigung. Wenn wir übermorgen die Einheit in Freiheit für alle Deutschen zurückgewinnen, dann ist das ein stolzer Augenblick für unsere Partei. Wir freuen uns darüber von ganzem Herzen. Aber wir sehen auch die Dimension der Herausforderung; denn auf uns, auf den Christlichen Demokraten, ruht die Hauptverantwortung für die Zukunft unseres Landes.

Wir sind die führende Regierungspartei, und wir wollen und werden es bleiben. Wir wollen das vereinte Deutschland in ein vereintes Europa führen. Dafür treten wir an bei den Wahlen, die vor uns liegen: bei den Landtagswahlen in der bisherigen DDR am 14. Oktober 1990 und bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. Wir wollen für alle Deutschen eine Zukunft in Einheit und Freiheit, in Frieden und Sicherheit, in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit gewinnen.

Wir haben bewiesen, was wir leisten können. Es war die CDU, die unbeirrt das Bewusstsein für die Einheit der Nation wach gehalten hat - über Jahrzehnte hinweg und auch in Zeiten, in denen das Bekenntnis zum eigenen Vaterland nicht gerade in Mode war, in denen wir dafür oft angefeindet wurden. Es war die CDU, die entschlossen die europäische Integration vorangetrieben hat. Konrad Adenauer hat gemeinsam mit anderen, vor allem mit Christlichen Demokraten aus heute längst befreundeten Ländern Europas, den Grundstein für dieses Werk des Friedens gelegt. Es war die CDU, die als Partei der Sozialen Marktwirtschaft, als Partei Ludwig Erhards, die Voraussetzungen für breiten Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit schuf -zunächst in der Bundesrepublik. Und morgen wollen wir das überall in Deutschland tun.

Die Sozialdemokraten haben sich zentralen Schicksalsfragen unserer Nation nicht gewachsen gezeigt. In den fünfziger Jahren haben sie die Politik Adenauers, die Politik der europäischen Integration, erbittert bekämpft. Sie waren gegen die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft. Und jeder spürt es: Sie haben sie bis zum heutigen Tag nicht verstanden. In ihrem neuen Grundsatzprogramm vom Dezember 1989 wird der Begriff Soziale Marktwirtschaft gar nicht erwähnt. Im Parlament der Sowjetunion diskutiert man über Soziale Marktwirtschaft und bei den Sozialdemokraten über Marx. Das ist der Unterschied. Mehr noch: In der Frage der Einheit der Nation hat die SPD nicht nur die Grundsätze ihrer großen Persönlichkeiten - wie Kurt Schumacher und Ernst Reuter - preisgegeben, sondern sie war drauf und dran, unsere Landsleute in der DDR kläglich im Stich zu lassen. Was wäre eigentlich geschehen, wenn wir den Forderungen der SPD nachgegeben hätten? Was wäre aus den deutschen Landsleuten geworden, die vor einem Jahr in den Botschaften in Budapest, in Prag und in Warschau Zuflucht suchten, wenn wir eine DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt hätten?

Wir brauchen keine Reden umzuschreiben. Wir haben auch kein gemeinsames Grundwerte-Papier mit der SED, das wir jetzt verstecken müssten. Wir haben, als sich die Mauer in Berlin öffnete, auch nicht gesagt, es

gehe nicht um Wiedervereinigung, sondern ums Wiedersehen. Uns ging es ums Wiedersehen in der Wiedervereinigung. Das war unsere Forderung. Wir haben nie aufgehört, für die Einheit der Deutschen in Freiheit zu arbeiten. Wir melden deshalb heute unseren Anspruch an, als die CDU Deutschlands in einem vereinten Deutschland weiterhin die führende politische Kraft zu sein.

Für das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, das soviel Elend, Leid und Tod sah, sehe ich vor allem drei große politische Gestaltungsaufgaben, denen wir uns im Geiste unserer christlich-demokratischen Ideale stellen werden:

1. Den Wiederaufbau in der bisherigen DDR. Wir wollen erreichen, dass die neuen Bundesländer dort schon bald wieder blühende Landschaften sein werden. Deutschland muss auch wirtschaftlich und sozial möglichst bald eins werden

2. Nenne ich die Vollendung der Europäischen Union mit der Vision eines europäischen Bundesstaates: der Vereinigten Staaten von Europa. Wir bleiben auf diesem Weg der politischen Einigung Europas. Wir würden in dieser geschichtlichen Stunde versagen, wenn wir die Chance nicht ergriffen, nach der Einheit Deutschlands die Einheit Europas zu vollenden. Deutsche Europäer und europäische Deutsche zu sein - das ist das Signal, das wir setzen wollen.

3. Es geht um den Beitrag, den Deutschland zur Gestaltung der Welt von morgen zu leisten hat. Wir Deutsche müssen unserer gewachsenen Verantwortung gerecht werden angesichts immer größerer weltweiter Herausforderungen. Das heißt auch: Mit dem 3. Oktober 1990, mit der Vollendung der staatlichen Einheit Deutschlands, haben wir zwar unser großes nationales Ziel erreicht. Aber die Arbeit ist keineswegs getan. Im Gegenteil: In vielerlei Hinsicht ist die staatliche Vereinigung unseres Vaterlandes erst ein Anfang, auch wenn wir auf vielem Bewährten aufbauen können. Wir haben noch eine schwierige Wegstrecke vor uns. Für die gewaltigen Aufgaben, die vor uns liegen, werden wir auch Opfer bringen müssen. Wir sind dazu bereit. Aber ich sage auch: In einem vereinten deutschen Vaterland, in einem solidarischen Miteinander werden wir es schaffen.

Unzweifelhaft konzentriert sich in dieser historischen Situation die Aufmerksamkeit vieler Menschen zwischen Elbe und Oder auf Wirtschaft und Beschäftigung, genauer: auf die Frage, was Soziale Marktwirtschaft für sie konkret bedeutet, wie die neue freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ihr persönliches Leben verändert, welche Perspektiven sich damit verbinden. Umgekehrt gibt es in der bisherigen Bundesrepublik die Sorge, ob wir uns all das auch leisten können, was jetzt an Aufgaben auf uns zukommt. Da ist viel von Kosten die Rede: nicht etwa von den Kosten, die die Teilung Deutschlands jahrzehntelang tagtäglich verursacht hat, sondern von dem Aufwand für die Überwindung der Folgen einer jahrzehntelangen sozialistisch-kommunistischen Misswirtschaft. Nicht wenige Sozialdemokraten erfreuen sich darin, nahezu täglich unse-

ren Bürgern neue Schreckensbilder darüber darzustellen, welche Belastungen das deutsche Volk heimsuchen würden.

Wo stünden wir eigentlich heute in Deutschland, wenn in historischen Situationen unserer Geschichte die Zauderer und die Kleinmütigen die Geschicke unseres Vaterlandes bestimmt hätten? Wo stünden wir eigentlich heute, wenn 1948 nicht Ludwig Erhard mit Mut, Entschlossenheit und einer zähen Überzeugungskraft die Währungs- und Wirtschaftsreform durchgesetzt, wenn er über schwierige Monate hinweg -übrigens auch in der eigenen Partei - nicht konsequent Kurs gehalten und dem damaligen Zeitgeist widerstanden hätte?

Wo stünden wir heute, wenn wir nicht seit acht Jahren, seit der Übernahme der Regierungsverantwortung, alles das durchgeführt hätten, was Zielsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in einer modernen Gesellschaft sein muss? Wo stünden wir, wenn wir es damals nicht geschafft hätten, der um sich greifenden Lethargie, dem Zukunftspessimismus, der Verfehlung von Leistungsbereitschaft und Wagemut durch die Sozialisten hier ein Ende zu setzen? Und - auch das zu sagen sei mir gestattet, weil wir gemeinsam viel Ärger draußen und auch miteinander hatten - wo stünden wir heute, wenn wir vor den notwendigen großen Reformen im Gesundheitswesen, bei Renten, bei Steuern und im Postbereich zurückgewichen wären wie andere vor uns? Christian Schwarz-Schilling feiert jetzt Triumphe und hat sie auch verdient. Aber viele haben auf diesem Weg gezweifelt.

An den entscheidenden Wegmarken unseres Landes war es die Union, waren es Männer und Frauen aus CDU und CSU, die unter schwierigsten Bedingungen den Weg in die Zukunft gewiesen und neue Aufgaben entschlossen angepackt haben. Auch und gerade in der Wirtschaftspolitik können wir heute ernten, was wir gegen viele Widerstände über Jahre hinweg durchgesetzt haben. Wir ernten die Früchte einer konsequenten und soliden Politik. Dafür habe ich allen zu danken, die uns und vor allem mir persönlich dabei geholfen haben. Es sind unsere Freunde im Bundesrat. Es ist die Bundestagsfraktion - ich nenne hier stellvertretend für alle Alfred Dregger. Es sind die vielen in der Partei, die mit uns gelitten und Ärger gekriegt haben. Die Wirtschaftsdaten in der Bundesrepublik sprechen heute eine deutliche Sprache. Investitionen und Einkommen entwickeln sich gut. Handel und Industrie eilen von Rekord zu Rekord. Die Lage der Bauwirtschaft nähert sich dem Bauboom der sechziger Jahre. Vor allem aber schlägt sich die hervorragende wirtschaftliche Situation auf dem Arbeitsmarkt nieder, und das trotz der massiven Zuwanderung - über eine halbe Million Aussiedler im letzten Jahr -, die wir gleichzeitig zu bewältigen hatten. Es ist schon fast vergessen, dass allein zwischen November 1989 und April 1990 noch 385 000 Übersiedler zu uns kamen. Auch diese mussten wir in unseren Arbeitsprozess aufnehmen.

Trotzdem wird die Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt erstmals seit acht Jahren unter der Zwei-Millionen-Marke liegen. Auf die Gefahr hin, dass ich in Nürnberg gründlich missverstanden werde: Jeder weiß, dass

diese Zahl so nicht stimmt. Sie ist viel geringer. Wahr ist, dass die Beschäftigung heute so hoch ist wie nie zuvor seit Gründung der Bundesrepublik. Allein in den vergangenen zwölf Monaten wurden über 650.000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Bundesanstalt für Arbeit spricht von einer Entwicklung wie zuletzt in den fünfziger Jahren. Am Rande sei bemerkt: Die Beschäftigung von Frauen steigt in diesem Aufschwung schneller als die von Männern.

Das sind Erfolge, die wir nicht verstecken sollten. In dieser dramatischen Zeit wird das alles zu leicht vergessen. Aber ohne unseren Weg in den letzten acht Jahren wäre das, was jetzt für uns gemeinsam möglich ist, so nicht möglich geworden. Denn auch in die Aufbauarbeit, die wir gemeinsam in Mecklenburg-Vorpommern, in Sachsen, in Sachsen-Anhalt, in Thüringen und in Brandenburg angehen, bringen wir unsere positiven Erfahrungen aus vierzig Jahren Sozialer Marktwirtschaft ein. Wo stünden wir heute in Deutschland, wenn wir im Frühjahr dabei versagt hätten, unseren Landsleuten die Perspektive zu geben, die jetzt in Erfüllung geht? Was damals passiert wäre, lässt sich erahnen: Die DDR wäre ausgeblutet, die Menschen hätten weiter zu Hunderttausenden ihrer Heimat den Rücken gekehrt, sie wären in die Bundesrepublik übergesiedelt und hätten hierzulande auch keinen leichten Stand gehabt. Das scheinen alle jene zu verdrängen, die in diesen Tagen bei jeder Gelegenheit beklagen, alles sei doch viel zu schnell gegangen. In Wahrheit ging es gar nicht zu schnell. Wir haben so gehandelt, wie es unsere Verantwortung für das ganze Vaterland gebietet und wie es auch dem überwiegenden Votum der ersten freien Wahlen in der DDR seit vielen Jahrzehnten entsprach.

Ein erstes herausragendes Ergebnis war die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, mit der wir versucht haben, die wirtschaftlichen und sozialen Belange in Einklang zu bringen. Die Menschen in der DDR gewannen damit wieder eine Perspektive. Sie spürten: Es lohnt sich zu bleiben. Sie konnten sicher sein: Der Weg zur Einheit war von diesem Tag an, dem 1. Juli dieses Jahres, unumkehrbar. Wir sind auf diesem Weg ein gutes Stück vorangekommen. Tausende Landsleute nehmen ihr Schicksal in die eigene Hand. Allein in den bisherigen Monaten dieses Jahres wurden rund 170 000 Gewerbebetriebe in der DDR gegründet. Die Preise liegen spürbar niedriger als vor einem Jahr. Die Kaufkraft von Arbeitnehmern und Rentnern hat nach Berechnungen der Bundesbank deutlich zugenommen. Auch die Treuhandanstalt arbeitet jetzt bei der Privatisierung und Sanierung der Betriebe mit wachsendem Erfolg. Das morsche Gerüst der alten Kommando Wirtschaft zerfällt mehr und mehr. Das ist für den Neubeginn notwendig und gut so. Denn das Befehlssystem der sozialistischen Herrschaft war Ausdruck von Willkür und Unfreiheit. Es wurde unbarmherzig und unmenschlich auf Kosten der Gesundheit vieler und ohne Rücksicht auf Umwelt und Natur betrieben. Nirgendwo sonst auf der Welt gab es einen so hohen Ausstoß an Schwefeldioxid und Kohlendioxid wie im SED-Staat. Das ist ein Beispiel für den verantwortungslosen Umgang des alten Regimes mit den natürlichen Lebensgrundlagen unseres Landes.

Ein anderes Beispiel ist die unzureichende Sicherheit der Kernkraftwerke. Auch hieran wird deutlich, wie es um das Verantwortungsbewusstsein der ehemaligen Machthaber für die eigene Bevölkerung und für kommende Generationen stand. Die Planwirtschaft führte nicht nur zum Ruin der Umwelt, sondern brachte die Menschen auch um die Früchte ihrer Arbeit. Es war der sichere Weg in die Sackgasse der Mangelwirtschaft.

Gleichzeitig wissen wir: Die erforderliche Neuorientierung ist für die Menschen mit schmerzlichen Erfahrungen verbunden. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nehmen zu. Die Sorge um die Bewältigung des Alltags wächst in vielen Familien. Doch jeder kann darauf vertrauen - ich sage das mit Bedacht: In dieser schwierigen Phase stehen wir zusammen. Nationale Solidarität und soziale Gerechtigkeit sind für uns nicht irgendeine Floskel, sie sind für uns Deutsche eine Verpflichtung. Ich habe keinen Zweifel, dass die große Mehrheit unserer Bürger diese Notwendigkeit erkennt und weiß, dass wir gemeinsam eine Durststrecke zu bewältigen haben, dass aber die Aufwärtsentwicklung kommen wird. Wer dabei mit bewusst verkürzter Perspektive nur über die Kosten des Neubeginns spricht, verbaut sich den Blick für das Wesentliche, nämlich die gemeinsame Zukunft.

Es wäre für uns alle verhängnisvoll, ja vielleicht katastrophal, hier nur die Gebenden und dort nur die Nehmenden zu sehen. Richtig ist vielmehr: Der wirtschaftliche Wiederaufbau in der bisherigen DDR sichert und schafft Arbeitsplätze in ganz Deutschland, und das sollte niemand vergessen. Denn durch den Einigungsprozess entsteht auf Jahre hinaus eine zusätzliche wirtschaftliche Dynamik. Diese kommt gerade in der Anfangsphase des Wiederaufbaus den westlichen Lieferanten von Maschinen, von Ausrüstungen und Konsumgütern zugute. In der EG-Kommission in Brüssel - Jacques Delors hat es erst am Freitag letzter Woche bestätigt - ist dies längst bekannt. Es ist erstaunlich, dass dies noch nicht alle bei uns zu Hause begriffen haben. Anders ausgedrückt: Neue Arbeitsplätze hierzulande stehen zunehmend in unmittelbarer Verbindung mit dem begonnenen Strukturwandel in der DDR. Ähnliches dürfte für steigende Unternehmenserträge und zusätzliche Steuereinnahmen gelten. Wer also gern und häufig von den Kosten der Einheit redet, sollte nicht vergessen, genauso offen über die materiellen und immateriellen Erträge der Einheit zu sprechen.

Dazu gehören selbstverständlich auch die immateriellen Vorteile, das, was nicht in Mark und Pfennig zu messen ist. Ich nenne an erster Stelle die persönliche Freiheit. Dazu gehören auch die unübersehbaren Vorteile, die wir alle gemeinsam - auch in Europa - durch die weitreichenden Veränderungen in Deutschland gewonnen haben. Dazu zählt die Frage, welche ökonomischen Impulse sich in den kommenden Jahren aus der Tatsache ergeben, dass das ganze Deutschland in den Verbund der Europäischen Gemeinschaft und damit in den europäischen Binnenmarkt eingliedert wird. Der Rückblick auf die dynamische Entwicklung am Beginn der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in den sechziger Jahren macht doch deutlich, mit welcher kräftigen Anstößen für Wachstum und Beschäftigung wir rechnen dürfen. Dazu gehören die handfesten

Chancen, die mit der Lage des vereinigten Deutschland in der Mitte eines beschleunigt zusammenwachsenden Europa verbunden sind.

Noch etwas gehört in diesen Zusammenhang: Es ist einfach unredlich, den Eindruck zu erwecken, als ob alles und jedes in der bisherigen DDR heute und auf absehbare Zeit allein mit dem Geld aus dem westlichen Teil Deutschlands finanziert werden müsste. Richtig ist doch vielmehr: Großzügige Hilfen am Beginn einer marktwirtschaftlichen Neuorientierung sind notwendig, zumal damit die sozialen Lasten der Menschen erträglicher werden. Wer wüsste dies besser als wir alle, die Deutschen in der Bundesrepublik, denen der Neubeginn nach 1945 mit den Geldern des amerikanischen Marshall-Plans erleichtert wurde.

Gerade die Erfahrungen der Bundesrepublik Deutschland nach 1948 zeigen doch, dass Starthilfe, so gegeben, immer Hilfe zur Selbsthilfe ist, denn nach Überwindung der Übergangsphase ist es auch damals möglich gewesen, notwendige Investitionen für die eigene Zukunft zunehmend aus eigener Kraft zu bezahlen. Dies wird bei unseren Landsleuten von Mecklenburg-Vorpommern bis Sachsen nicht anders sein. Auch sie werden einen wachsenden Teil zur Finanzierung ihrer eigenen Zukunft selbst tragen.

Ich sage es noch einmal: Wir unterschätzen die Kostenfrage nicht. Aber wir sehen in gleicher Weise die ermutigende Perspektive, die sich dem vereinten Deutschland und Europa als Ganzem von Tag zu Tag mehr eröffnet. Das ist die Politik, die wir anstreben. Wie wir mit dieser historischen Herausforderung fertig werden, wird die wirtschaftliche, die politische und letztlich auch die moralische Position Deutschlands in der Welt entscheidend beeinflussen. Dieser Aufgabe stellen wir uns selbstverständlich. Ich bin sicher, dass wir die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Überganges lösen können, auch wenn jeder weiß: Dies ist nicht einfach. Aber vergessen wir nicht: Wirtschaftliche und soziale Probleme sind nicht die einzigen, die sich uns jetzt stellen, und so glaube ich, nicht einmal die schwierigsten. Vier Jahrzehnte kommunistischer Diktatur haben gerade auch im geistigen und kulturellen Leben verheerende Schäden hinterlassen, die noch lange nachwirken werden.

Deshalb geht es bei der Frage nach der Einigung Deutschlands, nach dem Wiederaufbau in den neuen Bundesländern eben nicht allein um wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Es ist auch und vor allem eine Frage nach der geistigen und moralischen Kraft unseres Volkes, und sie richtet sich an uns alle, an alle Deutschen. Sind wir wirklich bereit, solidarisch zusammenzustehen - auch wenn wir Opfer bringen müssen? Das ist vor allem eine Frage an die Deutschen in der bisherigen Bundesrepublik Deutschland. Nehmen wir die Verantwortung an, die uns jetzt mit der Wiedervereinigung zuwächst? Geben wir ein Beispiel für den verantwortungsbewussten Umgang mit Freiheit? Das sind jene Fragen, die alle Deutschen beantworten müssen - übrigens auch bei den Wahlen, die jetzt vor uns liegen.

In der bisherigen DDR gilt es, überkommene sozialistische Strukturen aufzubrechen. Das heißt auch: Wir müssen im geistigen und kulturellen Leben die Trümmerstücke ideologischer Indoktrination beiseite räumen. Ich denke an die Schulen, an die Hochschulen. Viele von denen, die dort der kommunistischen Partei und ihrer Ideologie dienten, sind auch heute noch in ihren Ämtern und auf ihren Posten - in Positionen, die sie in einer freiheitlichen Demokratie niemals erworben hätten. Sollen wir wirklich glauben, dass alle willens sind, die heranwachsende Generation jetzt im Geist der Freiheit zu erziehen? Ich nenne den Bereich der Medien, von Kunst und Literatur. Können die ehemaligen Sprachrohre der Willkürherrschaft mit ihren Denkschablonen und Zensurbehörden wirklich glaubwürdige Botschafter von Meinungsvielfalt, von pluralistischer Vielfalt, von Freiheit und Toleranz sein?

Auf all diese Fragen - dies sage ich mit Bedacht - gibt es keine einfachen Antworten. Aber wir müssen die Dimension des Problems erkennen: Überall müssen noch alte Strukturen überwunden werden. Wir sind aufgerufen, diese geistige Auseinandersetzung zu führen. Es wäre fatal - das ist ein Aufruf an die Christlichen Demokraten -, wenn der Zerfall der sozialistisch-kommunistischen Ideologie ein geistiges und moralisches Vakuum hinterließe, in das eines Tages andere radikale Heilslehren hineinstoßen könnten. Es gilt jetzt, geistigen Halt zu geben, Orientierung zu vermitteln. Wir müssen dies insbesondere tun, um den Sinn für den unauflöselichen Zusammenhang von Freiheit und Verantwortung zu scharfen.

Frier liegt eine wichtige Aufgabe für alle, auch für alle gesellschaftlichen Kräfte und nicht zuletzt für die Kirchen. So gab es vor und während der friedlichen Revolution gerade in Kreisen der Kirchen Kristallisationspunkte des friedlichen Widerstandes. Aber auch alle anderen sind heute gefordert, natürlich auch wir, die demokratischen Parteien. Und auch hier sage ich wieder: Wir, die Christlich-Demokratische Union, bringen dafür alle Voraussetzungen mit. Wir verfügen über einen zuverlässigen Kompass: unser christliches Verständnis von Mensch und Schöpfung. Es nimmt uns in einer besonderen Weise in die Pflicht, im vereinten Deutschland eine Gesellschaft des menschlichen Miteinander zu gestalten.

Das "C" im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet. Es ist kein Ausschließlichkeitsanspruch, und jeder von uns weiß, dass auch Christen in anderen Parteien versuchen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Aber es beschreibt das sittliche Fundament, auf dem sich Menschen oft sehr unterschiedlicher Herkunft in dieser Volkspartei zusammenfinden können. Auf diesem Fundament treffen sich auch Christliche Demokraten aus Ost und West in gemeinsamen Überzeugungen.

Das Bekenntnis zum "C" ist für unsere Partei eine Quelle der Kraft, die wir heute mehr denn je brauchen und nutzen müssen. Nicht zuletzt aus ihr kann uns die Fähigkeit erwachsen, zusammenzuführen, was allzu lange gewaltsam getrennt war. Dies ist ein Merkmal unserer Partei, das sich im Namen widerspiegelt. Union - das heißt doch vor allem: zusam-

menführen, ausgleichen. Wir haben unsere Partei stets ganz bewusst als Union der verschiedenen Landschaften, Konfessionen und Berufe verstanden, als Union aus allen Schichten unseres Volkes; eine politische Gemeinschaft mit der Aufgabe, Interessengegensätze zu überwinden und in gemeinsamen Standpunkten zusammenzubringen.

Das hat uns auch immer wieder in die Lage versetzt, zu wichtigen Streitfragen Lösungen zu finden, die dann auf breite Zustimmung stießen. Es ist wahr: Dies gibt nicht immer ein imponierendes Bild in der Öffentlichkeit ab. Aber wenn wir - oft nach mühsamen Diskussionen - eine Lösung gefunden haben, ist es eine Lösung, die dem ganzen Land dient. Diese Kraft zur Integration - von vielen missverstanden, für die Demokratie existentiell - ist jetzt vor allem gefragt. Dabei ist wichtig, dass wir uns ungeachtet verschiedener Erfahrungen und Lebenssituationen - jeder konnte das heute in diesen Stunden der Einigung spüren - als Gemeinschaft verstehen. Wir sind und bleiben die große deutsche Volkspartei der Mitte. Wir bieten allen Gruppen und Schichten unseres Volkes die Chance auf politische Heimat.

Unser Standort ist und bleibt die Mitte, die breite Mitte unseres Volkes. Dies macht unsere Stärke aus. Deswegen stellt sich für mich nicht die Frage, ob sich die Partei nach links oder nach rechts bewegen müsse. Es gab immer Versuchungen, aus Gründen der Tagesopportunität und aus anderen Motiven inkonsequent zu werden. Wir sind gelegentlich diesen Versuchungen auch erlegen. Aber wir müssen ihnen widerstehen, wenn wir uns nicht untreu werden wollen. Volkspartei der Mitte zu sein - das ist eine Frage unseres Selbstverständnisses und unserer Glaubwürdigkeit. Wir machen nicht Politik für die einen und gegen andere. Und niemand - dies sage ich deutlich - hat in unserer Union einen Monopolananspruch auf Wirtschaftskompetenz oder auf soziales Gewissen. Wir alle wollen dem Wohl des Ganzen dienen. Ich wünsche mir, dass wir uns - innerhalb und außerhalb unserer Partei - in Zukunft nicht mehr als Ost- und Westdeutsche, als ehemalige DDR- und als Bundesbürger verstehen, sondern als Deutsche, als Landsleute, die zusammenstehen und in einem vereinten Europa den anderen gute Nachbarn und Partner sind.

Unsere CDU ist und war die deutsche Europapartei. Zu unserem christlichen Selbstverständnis gehört eine klare Absage an jede Form von Nationalismus. Wir wissen wohl, dass es bei unseren Nachbarn und Freunden, überall in Europa, Menschen gibt, die Ängste vor einem vereinten Deutschland haben. Im Blick auf unsere Geschichte ist dies verständlich. Niemand kann sich der Verantwortung für unsere Geschichte entziehen. Manchmal - das ist auch wahr - sind Ängste nur vorgeschützt, um wirtschaftliche Motive zu verbergen. Aber wir müssen immer bedenken, dass dieses wiedervereinigte Deutschland mit seiner Kraft und Dynamik in der Mitte Europas liegt und dass alles, was sich hier tut, eine unmittelbare Auswirkung auf die Statik des Hauses Europa hat. Deshalb dürfen wir eben nie in Provinzialismus verfallen, dürfen uns nie nur mit uns selbst beschäftigen. Wir müssen wissen, dass alles, was wir hier tun, auf andere wirkt.

Wir verstehen uns als deutsche Patrioten und überzeugte Europäer. Wir haben in den vergangenen acht Jahren beim Bau des vereinten Europas gemeinsam mit unseren Partnern, allen voran mit Frankreich, große Fortschritte erzielt. Die Politik der europäischen Integration war die entscheidende Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Für uns Christliche Demokraten ist es schon deshalb selbstverständlich, dass das vereinte Deutschland seine Kraft dem Bau der Vereinigten Staaten von Europa widmet. Europa ist unsere Zukunft, Deutschland unser Vaterland.

Es sind zwei große historische Daten, die in die Geschichte Deutschlands und Europas eingehen werden: Der 3. Oktober 1990 - in zwei Tagen: der Tag der deutschen Einheit - und der 31. Dezember 1992, an dem wir den europäischen Binnenmarkt vollenden. Für mich, für uns ist dies eine Zwischenstation auf einem Weg, an dessen Ende die politische Einigung Europas steht. Wir wollen nicht eine gehobene Freihandelszone, womit vielleicht manche in der Europäischen Gemeinschaft zufrieden wären. Wir wollen, dass die politische Einigung Europas kommt. Das ist unser Ziel im vereinten Deutschland.

In den kommenden Monaten werden wichtige Entscheidungen zu treffen sein. Im Dezember werden wir auf dem EG-Gipfel in Rom die Regierungskonferenzen über die Wirtschafts- und Währungsunion sowie über die Politische Union eröffnen. Unser Ziel ist es, diese Regierungskonferenzen rasch abzuschließen, damit ihre Ergebnisse bis Ende 1992 von den Parlamenten der Mitgliedstaaten ratifiziert werden können - und damit zugleich die Vollendung des Binnenmarktes einen weiteren entscheidenden Fortschritt bei der Schaffung der Europäischen Union markiert. Nun hat es in den letzten Monaten, Wochen, Tagen Stimmen gegeben - auch bei unseren Freunden -, die meinten, wir Deutsche, auch ich selbst, seien viel zu sehr mit den Problemen der Vereinigung unseres Vaterlandes beschäftigt, und unser europäisches Engagement würde darunter leiden. Ich sage dazu ganz einfach: All jene, die so denken, sollen uns an unseren Taten messen. An unserer europäischen Berufung kann es keine Zweifel geben. Wir wollen Europa voranbringen, wir wollen die Wirtschafts- und Währungsunion, wir wollen, dass das Europäische Parlament bis zur nächsten Wahl im Jahre 1994 wirklich mehr Rechte und Kompetenzen erhält.

Für uns - ich sage es noch einmal - sind europäische Einigung und deutsche Einheit zwei Seiten derselben Medaille. Wir haben allerdings auch nie vergessen, dass das Europa der Zwölf eben nicht das ganze Europa ist. Unser Ziel war vielmehr stets - um es in den Worten Konrad Adenauers zu sagen -, "dass Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit". So sahen es ja auch die Gründer der Gemeinschaft. Sie wollten keinen exklusiven Club, der sich etwa in einer Festung Europa nach außen abschottet. Sie wollten eine Gemeinschaft als Angebot an alle Europäer, als Hoffnung, als Chance für unseren alten Kontinent.

Für uns heißt das heute, dass die Europäische Gemeinschaft eine entscheidende Rolle bei der Unterstützung des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels in den Reformstaaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas zu spielen hat. Selbstverständlich werden wir uns auch künftig maßgeblich daran beteiligen; denn als ein Land im Herzen Europas haben wir alles Interesse daran, dass das wirtschaftliche West-Ost-Gefälle in Europa überwunden wird. Ein blühender Kontinent ist immer auch ein stabiler Kontinent. Deshalb ist jede Investition in diese Richtung eine Investition in unsere eigene friedliche Zukunft. Aus dem gleichen Grund wollen wir unsere Nachbarn in Mittel-, Ost- und Südosteuropa in den Prozess der europäischen Zusammenarbeit mit einbeziehen. Für den Aufbau eines in Freiheit vereinten Europas kommt den deutsch-polnischen Beziehungen eine besondere Rolle zu. Wir wissen es: Ohne deutsch-französische Freundschaft hätte das Werk der Einigung Europas nicht begonnen werden können. Und ich füge hinzu: Ohne deutsch-polnische Partnerschaft und - wie ich hoffe - dann auch Freundschaft wird es sich nicht vollenden lassen.

Was zwischen Deutschen und Franzosen möglich war - unter schwierigen, aber zugegebenermaßen nicht ganz so schwierigen Umständen -, kann und muss jetzt endlich zwischen Deutschen und Polen möglich sein. Die jungen Leute in beiden Völkern müssen über eine offene Grenze zusammenkommen können, und diese Grenze darf - das sage ich mit Nachdruck - nicht eine neue Wohlstandsgrenze zwischen Deutschen und Polen sein; denn das würde keine friedliche Grenze sein.

Es war und ist im Interesse Europas und des Atlantischen Bündnisses, wenn wir jetzt zu einer neuen Qualität der Beziehungen zur Sowjetunion kommen. Bei meinen Gesprächen mit Präsident Gorbatschow im Februar und dann im Juli dieses Jahres im Kaukasus konnten wir den entscheidenden Durchbruch erzielen: die Zustimmung der sowjetischen Führung zu einem vereinten Deutschland. In der Fülle des Geschehens, aber auch in der Gedankenlosigkeit unserer Tage geht es leicht verloren: Jeder soll sich überlegen, was es heißt, wenn Ende 1994, fünfzig Jahre, nachdem sowjetische Panzer im Oktober 1944 das Reichsgebiet erreichten, die sowjetischen Truppen endgültig aus Deutschland abziehen. Das ist gut für uns, das ist gut für unsere Sicherheit, aber unsere Freunde und Partner im Westen sollten nicht vergessen: Diese Politik des Ausgleichs ist auch gut für ihre Sicherheit.

Jahrzehnte des Ost-West-Konflikts haben viele vergessen lassen, dass die Sowjetunion nicht nur geographisch, sondern auch durch Geschichte und Kultur mit Europa verbunden ist. Wir wollen an diese friedliche Zeit des Zusammenseins anknüpfen - für uns und für kommende Generationen. Dies ist der Sinn und dies ist das Ziel des großen Vertrages, den Präsident Gorbatschow und ich noch in diesem Jahr unterzeichnen werden. Der Gegensatz von Freiheit und Diktatur im geteilten Europa hat über viele Jahrzehnte hinweg viele Kräfte gebunden. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts werden diese Kräfte frei. Wir haben jetzt die Chance, diese Kräfte zu bündeln und auf neue Ziele zu richten, in Europa wie auch weltweit; denn auf der Tagesordnung der Zukunft stehen Heraus-

forderungen, die wir nur in internationaler Solidarität, in engem Zusammenwirken über Grenzen und Kontinente hinweg bewältigen können.

Verantwortung ist ein Schlüsselbegriff für uns Christliche Demokraten. Deshalb sagen wir auch: Wir Deutschen müssen jetzt bereit sein, gemeinsam mit unseren Freunden und Partnern Verantwortung auch für die Welt von morgen zu übernehmen. Mit der Vereinigung Deutschlands gewinnen wir nicht nur unsere volle Souveränität; uns wachsen auch international neue Pflichten zu. Unser Grundgesetz, unsere Verfassung, beschreibt bereits jetzt den Auftrag, in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen. Aus gutem Grund bleibt diese Formulierung auch für immer in unserer Verfassung. Denn das bedeutet eine Absage an jede Form von nationalem Egoismus, und es bedeutet nicht zuletzt, dass wir bereit sind, unsere wieder gewonnene Souveränität, unsere weltweit anerkannte Wirtschaftskraft auch in den Dienst der Völkergemeinschaft zu stellen.

Niemand wird verkennen, dass uns mit der Vereinigung unseres Vaterlandes, mit dem Wiederaufbau auf dem Gebiet der bisherigen DDR, erhebliche Anstrengungen abverlangt werden. Doch kann und darf dies für uns kein Grund sein, uns unserer internationalen Verantwortung zu entziehen. Wer dies versuchen würde, würde auf eine gefährliche Weise das Vertrauen erschüttern, das sich die Bundesrepublik in über vierzig Jahren erworben hat und das wir als ein kostbares Gut für das vereinte Deutschland pflegen und ausbauen wollen. Jeder von uns muss wissen - und das hat Konsequenzen bis hin zur Etatpolitik: Es gibt keinen Rückzug in eine bequeme Nische der Weltpolitik. Alle unsere Partner im Ausland erwarten von uns, dass wir Deutschen eben nicht nur über Solidarität reden, sondern sie auch beweisen. Viele von ihnen - ich nenne allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika - haben uns immer in großartiger Weise unterstützt. Von Präsident Harry S. Truman und dem Marshall-Plan jener Tage sowie der Hilfe und Unterstützung während der Berliner Blockade bis zum heutigen Präsidenten George Bush haben die Amerikaner in der Frage der Selbstbestimmung zu den Deutschen gestanden. Das werden wir unseren amerikanischen Freunden nie vergessen! Dieser Tag ist ein Tag, den wir gerade auch ihnen zu verdanken haben.

Es werden aber auch Fragen an uns gestellt: Seid Ihr Deutschen bereit, Euch außerhalb des eigenen Hauses globalen Herausforderungen - etwa bei der Sicherung des Weltfriedens - zu stellen? Es ist für mich selbstverständlich, dass sich das vereinte Deutschland, das stärkere Deutschland, stärker engagieren muss, mehr, als es vielleicht bisher möglich war, mehr, als wir bisher uns leisten zu können geglaubt haben; in Wahrheit waren die Anforderungen ja auch bisher schon so. Die Golf-Krise beweist, dass immer wieder regionale Krisen ausbrechen können, dass diese Krisen auch uns in Deutschland unmittelbar berühren und dass wir auch in Zukunft wachsam sein müssen.

Das heißt auch, dass es auch in Zukunft keine Freiheit zum Nulltarif gibt, dass wir auch in Zukunft die Soldaten unserer Bundeswehr brauchen, die

ihren Dienst für unsere Freiheit leisten. Dabei kann es keine Arbeitsteilung in der Welt in der Form geben, dass sich die einen bequem zurücklehnen, während die anderen die Kastanien aus dem Feuer holen. Das heißt im Klartext: Deutschland muss auch daran mitwirken, Gefahren für den Weltfrieden rechtzeitig abzuwenden. Es wäre mit unserem moralischen Anspruch, auch und gerade mit dem des vereinten Deutschland, völlig unvereinbar, wenn rund um die Welt mit Berechtigung der Spruch zu hören wäre: Die Deutschen sind gut beim Handel und im Export, aber vor ihrer Verantwortung drücken sie sich. Das ist für mich eine indiskutable Vorstellung von deutscher Politik! Deshalb ist es für mich überfällig, dass wir nach den Bundestagswahlen die notwendigen verfassungsrechtlich eindeutigen Grundlagen schaffen, damit die Bundesrepublik Deutschland stärkere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens übernehmen kann.

Vor acht Jahren, nach Übernahme der Regierungsverantwortung, habe ich meine Außen- und Sicherheitspolitik unter das Motto gestellt: Frieden schaffen mit weniger Waffen. Heute können wir ganz einfach sagen: Wir haben Wort gehalten. In Kürze werden alle nuklearen Mittelstreckenwaffen aus Deutschland verschwunden sein. Vor wenigen Tagen sind die letzten amerikanischen Chemiewaffen von deutschem Boden abgezogen worden. Wir freuen uns darüber, und wir danken nochmals Ronald Reagan und George Bush dafür, dass sie dies gemeinsam mit uns möglich gemacht haben. Bei den Wiener Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte haben wir uns verpflichtet, die Streitkräfte des vereinten Deutschlands innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370 000 Mann zu reduzieren.

Lassen Sie mich angesichts der parteipolitischen Diskussion dieser Tage hinzufügen: Wir waren und sind für die Wehrpflicht, weil diese Bundeswehr eine Armee unseres Volkes sein soll. Wir wollen nie wieder eine Situation wie in den Tagen der Weimarer Zeit erleben. Die Bundeswehr ist die Armee unserer Söhne, und sie soll es bleiben. Wir hoffen, dass die Festlegung auf eine Personalstärke von 370 000 Mann bei den Verhandlungen in Wien über Abrüstung und Rüstungskontrolle neue Anstöße gibt. Zu unserer Verantwortung gehört selbstverständlich auch, dass wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jene wenden, die aus skrupelloser Gewinnsucht andere Länder in die Lage versetzen, Massenvernichtungswaffen herzustellen. Ich sage in aller Klarheit: Wir werden alles tun, was man im Wege der Gesetzgebung tun kann, aber ich glaube nicht, dass dies genügt. In einer freiheitlichen Gesellschaft muss auch noch hinzutreten, dass jene der öffentlichen Verachtung und Ächtung anheimfallen, die in dieser Weise mit dem Schicksal der Menschen aus Gründen des billigen Tagesgewinns ihre Geschäfte machen.

Wir wissen: Frieden ist letztlich immer das Werk der Gerechtigkeit. Nur dort, wo die Würde der Menschen geachtet wird, wo Freiheit sich entfalten kann, ist der Friede wirklich sicher. Deshalb dürfen wir niemals in unserem Kampf für Menschenrechte und Selbstbestimmung nachlassen. Deshalb müssen wir auch in Zukunft eine Politik der Hilfe, eine Entwicklungspolitik fortsetzen, die den Ärmsten und Schwächsten tatkräftig zur

Seite steht. Zur Würde des Menschen gehört ein Leben "frei von Furcht und Not". So ist es in der Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen formuliert.

Die Armut in den Ländern der Dritten Welt, Hunger, Katastrophen, Elend und Krankheit - sie können uns nicht gleichgültig lassen. Christliche Verantwortung ist Verantwortung für den Nächsten. Den Menschen zu helfen ist ein Teil unseres Selbstverständnisses als Christliche Demokraten. Deshalb werden auch die Entwicklungen in Deutschland und Europa - so sehr sie uns, auch in unserem Herzen, bewegen - unseren Blick auf keinen Fall von den dramatischen Entwicklungen in der Dritten Welt ablenken. Wir tragen ein hohes Maß an Verantwortung für diese Länder. Dies betrifft die Menschen übrigens ebenso wie den Schutz der Natur, etwa die Bewahrung des Weltklimas. Wir werden dieser Verantwortung nur gerecht werden können, wenn wir jene, die dort etwas tun können, solidarisch unterstützen. Dazu gehört auch - ich sage dies angesichts der großen Probleme, die wir bei der GATT-Runde Ende dieses Jahres lösen müssen, mit Bedacht -, dass wir die Märkte der reichen Industrienationen für die Produkte aus der Dritten Welt offenhalten. Die Völker in Nord und Süd, in Ost und West sind heute mehr denn je aufeinander angewiesen. Das Ozonloch über der Antarktis, die Vernichtung der tropischen Regenwälder betreffen die Menschen in Amerika genauso wie die Menschen in Europa, betreffen Städte in den USA genauso wie uns heute hier in Hamburg.

Vor diesem Hintergrund haben wir auf dem vergangenen Weltwirtschaftsgipfel - zuerst beim Gipfel von Toronto, 1988 - auf meinen Antrag hin beschlossen, das Thema Umweltschutz mit der Schuldenfrage zu verknüpfen. Wir wollen zum Beispiel Schuldenerlasse für Länder der Dritten Welt auch davon abhängig machen, dass frei werdende Mittel möglichst für konkrete Maßnahmen zum Schutz der Umwelt eingesetzt werden. Wir werden auf diesem Wege noch entscheidene Fortschritte machen müssen. Die Schöpfung bewahren - auch das gehört zum Auftrag, ja auch zur Vision für die Zukunft. Wir Christlichen Demokraten wollen für eine Welt arbeiten, in der das Leben in allen seinen Formen geachtet wird. Aus diesem Geist heraus haben wir in den letzten Jahren eine Umweltpolitik zu gestalten versucht, die in vielen Bereichen Pilotfunktion in Europa hat. Wir setzen dabei - im Gegensatz zu anderen - auf die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie. Bei der Überwindung der ökologischen Katastrophe, die der Sozialismus hinterlassen hat, wird erneut deutlich, dass Umweltprobleme, auch bei uns in Deutschland, immer noch am besten in einer Sozialen Marktwirtschaft gelöst werden können.

Wir stehen vor großen Aufgaben, vor ungewöhnlichen Herausforderungen, auch vor Chancen, von denen vor kurzem noch niemand zu träumen gewagt hätte. Auf dem Weg in die Zukunft öffnen sich uns -und vor allem auch der jungen Generation - neue Horizonte. Dabei sind für uns - und auch dies ist eine Erfahrung nach über vierzig Jahren im geteilten Deutschland - christliche Verantwortung und christliches Menschenbild unverzichtbare Wegweiser. Aus dieser Verantwortung arbeiten wir für

das solidarische Miteinander von Menschen und von Völkern. Auf unserem Verständnis von Mensch und Schöpfung beruht unser Engagement für Umwelt, und im christlichen Menschenbild sind jene Ideale begründet, die Europa geistig vereinen - von Lissabon bis Leningrad, von Dublin bis Krakau, Prag und Kiew.

Auf uns, die Christlichen Demokraten, richten die Menschen in ganz Deutschland ihre Blicke. Dies gilt vor allem auch für die Menschen in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Wer wie ich Tag für Tag in dieser Zeit im Wahlkampf unterwegs ist, spürt ihre Hoffnungen. Ich will alles tun, was ich tun kann, um sie nicht zu enttäuschen. Ich bitte Sie aber: Wir müssen alles tun, damit wir sie nicht enttäuschen. Wir haben klare Vorstellungen von der Zukunft. Wir haben in Jahrzehnten und insbesondere wieder in den letzten acht Jahren bewiesen, was wir leisten können - bei allen Fehlern, zu denen wir stehen müssen. Wir wissen um die Schwierigkeiten, die vor uns liegen, ebenso um die Ängste, die Sorgen und die Hoffnungen so vieler Menschen. Ich sage es auf ganz einfache Weise: Wir können und wir werden es schaffen, denn wir setzen auf den Mut der Menschen - auf ihre Zuversicht, auf ihren Willen zur Leistung, auf die Kraft der Freiheit.

Lassen Sie uns gemeinsam ans Werk gehen an diesem historischen Tag, in dieser historischen Woche, als Deutsche in einem vereinten Vaterland, auf dem Weg in eine gemeinsame europäische Zukunft!

*Quelle: Parteitagsprotokoll, hrsg. von der Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn o. J., S. 22-37.*